

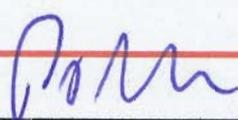
# Personalkostencontrolling

## Jahresabschlussbericht

# 2011

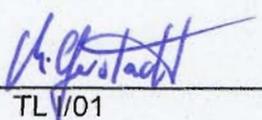
**zur Vorlage im Verwaltungsausschuss**

erstellt:

  
FDL in 01.1

14.03.2012

abgestimmt:

  
TL/01

Seite 1 von 8

## Abrechnungszeitraum 01.01. bis 31.12.2011

### **1. Ausgangssituation**

Bei der Haushaltsplanaufstellung wurden für den Deckungskreis Personalausgaben nicht die rechnerisch ermittelten benötigten Beträge in Höhe von 118,10 Millionen eingestellt, sondern lediglich 115,06 Millionen. Dadurch entstand eine Unterfinanzierung in Höhe von 3,04 Millionen Euro.

Im März 2011 wurde an Hand der aktuellen Daten eine Überprüfung des im Jahr 2010 errechneten Bedarfes für das Jahr 2011 vorgenommen. Dabei wurden keine signifikanten Änderungen festgestellt, so dass eine Anpassung des Bedarfes nicht erfolgte.

Das Ziel in der Bewirtschaftung des Deckungskreises war, dass mit den gekürzten bereitgestellten Mitteln die bestehenden Aufgaben erledigt und das Personal ordnungsgemäß bezahlt werden kann. Dazu war es erforderlich über geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des finanziellen Aufwandes zu befinden, ohne die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stark zu beeinträchtigen.

Da in den vergangenen Jahren mit dem Instrument der zeitweiligen Besetzungssperre gute monetäre Ergebnisse erzielt werden konnten, wurde die im August des Jahres 2010 erlassene Verfügung des Oberbürgermeisters über eine 3-monatige Besetzungssperre für alle zu diesem Zeitpunkt freien und künftig frei werdenden Stellen beibehalten.

### **2. Ergebnis/Zielerreichung/Bewertung**

Die gesamtstädtischen Bemühungen zur Konsolidierung führten dazu, dass Mittel in Höhe von 3,04 Millionen Euro, bezogen auf den im März 2011 überprüften Bedarf nicht ausgegeben wurden. (Seite 4)

Der wesentliche Anteil an diesem Ergebnis beruht auf den Minderausgaben durch zeitweise unbesetzte Personalstellen in allen Bereichen der Verwaltung (Seite 5). Dieses Ergebnis belegt, dass wie zu erwarten war, das Instrument der zeitweiligen Besetzungssperre das tragende Element zur kurzfristigen Reduzierung von Personalausgaben ist.

Eine qualifizierte Bewertung des Jahresabschlusses an Hand der bereitgestellten Mittel ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll, da es keinen Bezug zu den tatsächlich zu erledigenden Aufgaben und der sich daraus herleitenden Personalstärke gibt.

Es ist festzustellen, dass den Minderausgaben von 5,5 Millionen € Mehrausgaben von 2,5 Millionen Euro gegenüberstehen. Wobei die Mehrausgabe im Wesentlichen (1,49 Mio. €) durch die Bildung von Rückstellungen verursacht wurde.

Durch das Fehlen einer Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt gem. § 18 TVöD war es tarifvertraglich vorgeschrieben, Rückstellungen in der Größenordnung von 800.000 € zu bilden. Die zweite Rückstellungsposition resultiert aus der Risikobewertung von über 100 Widersprüchen von Beamtinnen und Beamten der Landeshauptstadt Magdeburg gegen eine altersdiskriminierende Besoldung.

Die in zwei Dezernaten zu verzeichnenden Mehrausgaben resultieren aus der Zuführung von Stellen nach der Ermittlung des Personalkostenbedarfes im Jahr 2010. Bei der Überprüfung im März 2011 wurde dieser Sachverhalt mit betrachtet, in Anbetracht der jährlich mehr als auskömmlichen Position Beamtenversorgung jedoch nicht erhöhend für den Gesamtbedarf eingeschätzt.

Die Ermittlung des Jahresbedarfes für die Beamtenversorgung ist durch Vorgabe eines Ermittlungsschemas durch den Kommunalen Versorgungsverband vorgeschrieben und wird demzufolge auch so beibehalten.

### **3. Maßnahmen**

Die bereits angesprochene Wiederbesetzungssperre von 3 Monaten hat bis zum Jahresende die erwarteten monetären Auswirkungen gezeigt.

Eine Aussetzung dieses Instrumentes ist auch für das Jahr 2012 derzeit nicht vorgesehen, da auch im Jahr 2012 eine Unterdeckung zwischen den bereitgestellten Mitteln und dem errechneten Bedarf in Höhe von 3,0 Mio. € besteht.

Das etablierte Stellenbesetzungsverfahren (Antrag Fachamt/ Prüfung durch FB 01 auf Notwendigkeit/ Abgleich der zur Verfügung stehenden Mittel) wird in der bisherigen Form beibehalten.

Die Auswertung des ermittelten Bedarfes zu den tatsächlich getätigten Personalausgaben unter Berücksichtigung der Einsparung aus unbesetzten Stellen (Seite 6) macht deutlich, dass das methodische Herangehen und die hier angewandten Verfahrensgrundsätze zur Ermittlung des Personalkostenbedarfes richtig sind und auch in Zukunft weiter so verfahren werden kann.

### **4. Fazit/Ausblick**

Wie im Jahr 2011 wird auch im Jahr 2012 die monatliche Auswertung und Berichterstattung zu dem jeweiligen Stand der Personalkosteninanspruchnahme erfolgen.

Dies ist allein schon wegen der zurzeit wiederum bestehenden Unterdeckung des Bedarfes erforderlich, um ggf. kurzfristig Gegensteuerungsmaßnahmen einleiten zu können. Die Tatsache, dass die jährliche Mittelbereitstellung nicht den ermittelten Bedarf deckt bleibt auch im Jahr 2012 bestehen.

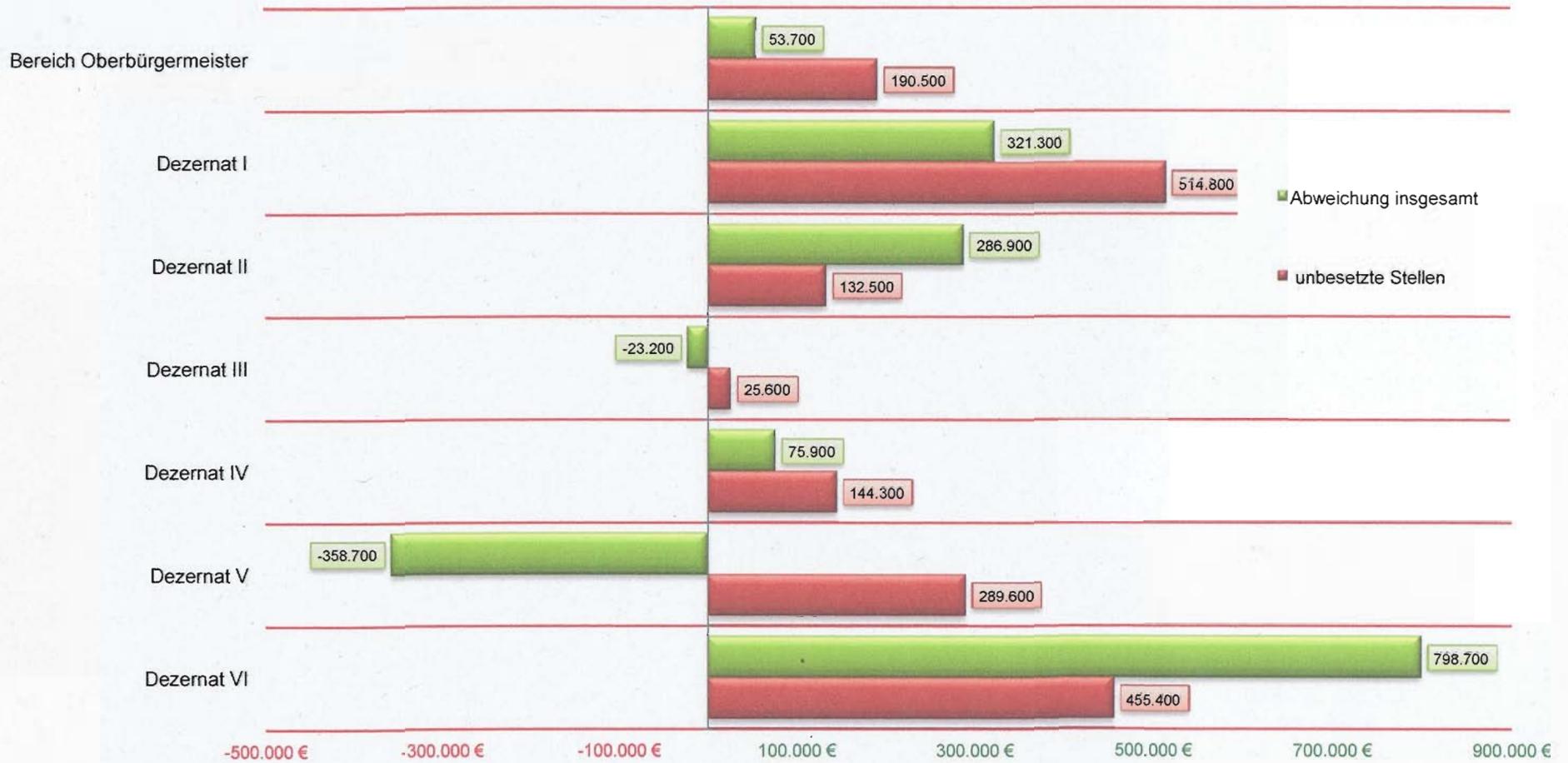
Zusätzlich dazu wird dem Verwaltungsausschuss des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg vierteljährlich eine Übersicht der zum jeweiligen Stichtag (letzter Tag des Quartals) unbesetzten Stellen zur Verfügung gestellt.

Der zurzeit in den Verhandlungen befindliche Tarifabschluss wird die Situation im Deckungskreis noch einmal deutlich verschärfen. Es wird nach einer ersten Hochrechnung davon ausgegangen, dass bei 6,5 % Tarifierhöhung ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 5,1 Millionen € zu konsolidieren wäre.

## Personalkostencontrollingbogen Gesamtübersicht 2011

Organisationsbereich	Personalauf- wendungen 2011 angemeldeter Bedarf	getätigte Ausgaben	prozentuale Inanspruchnahme
Bereich Oberbürger- meister	2.540.700	2.487.000	97,89%
Dezernat I	29.020.700	28.699.400	98,89%
Dezernat II	9.060.700	8.773.800	96,83%
Dezernat III	1.248.200	1.271.400	101,86%
Dezernat IV	14.756.700	14.680.800	99,49%
Dezernat V	23.769.800	24.128.500	101,51%
Dezernat VI	19.502.700	18.704.000	95,90%
<b>Zwischensumme I</b>	<b>99.899.500</b>	<b>98.744.900</b>	<b>98,84%</b>
Personalrat	105.100	109.600	104,28%
Personalbörse einschließlich Abfindungen	2.496.400	823.900	33,00%
Weiterbeschäftigung AZUBI's	1.636.800	847.800	51,80%
Auszubildende	1.412.600	1.233.800	87,34%
Feuerwehr- unfallkasse	121.000	117.500	97,11%
betriebl. Vorschlags- wesen	10.000	200	2,00%
Beamtenversorgung	9.483.200	8.141.300	85,85%
Jobcenter	2.932.500	3.549.300	121,03%
Rückstellung für Leistungsentgelt		800.000	
Rückstellung für Widersprüche von Beamten		690.686	
<b>Zwischensumme II</b>	<b>18.207.600</b>	<b>16.314.086</b>	<b>89,60%</b>
<b>Gesamt</b>	<b>118.107.100</b>	<b>115.058.986</b>	<b>97,42%</b>
Mittelbereitstellung gesamt 2011		115.058.986	
Fehlbedarf zum Jahresbeginn		<b>3.048.114-</b>	

## Beziehung Abweichungen gesamt zu Minderausgaben durch unbesetzte Stellen in den Dezernaten



### Personalkosten 2011 Bedarf zu Inanspruchnahme insgesamt

